

*Eupen/Malmedy In Zusammenhang mit der Problematik um die Schaffung eines Hypothekenamtes in Eupen sind sich DG-Ministerpräsident Oliver Paasch (ProDG), die Föderalabgeordnete Katrin Jadin (PFF) und Gemeinschaftssenator Karl-Heinz Lambertz (SP) einig: Es dürfen keine Kompromisse bei der korrekten Anwendung der Sprachengesetzgebung gemacht werden.*

Laut einer Entscheidung des Finanzministeriums aus dem Jahr 2004 steht unwiderruflich fest, dass jedem Gerichtsbezirk ein eigenes Hypothekenamt zugeordnet wird. Diese sogenannte Coperfin-Reform ist im gesamten Land umgesetzt worden, außer im Gebiet deutscher Sprache, für das weiterhin das Hypothekenamt Malmedy zuständig ist.

Oliver Paasch thematisierte eigenes Hypothekenamt bei Treffen mit Hans D'Hondt.

„Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft bekräftigt, dass sie in vollem Umfang hinter den Forderungen der Eupener Antenne Rechtssicherheit des Föderalen Öffentlichen Dienstes (FÖD) Finanzen steht, in Eupen ein eigenes Hypothekenamt zu schaffen“, meldete sich Ministerpräsident Oliver Paasch auf GrenzEcho-Anfrage zu Wort.

Der DG-Regierungschef betonte, dass nach der berechtigten Absicherung des deutschsprachigen Gerichtsbezirks für die Deutschsprachige Gemeinschaft in Eupen logischerweise auch ein eigenes Hypothekenamt geschaffen werden muss, das für sämtliche Rechtsbelange der Patrimoniums- und Hypothekenverwaltung für die Einwohner der neun deutschsprachigen Gemeinden zuständig ist.

Paasch erörterte diese Thema am Donnerstag mit Hans D'Hondt, dem obersten Dienstherr des Finanzministeriums. „Hans D'Hondt hat mir ausdrücklich bestätigt, dass an diesem Beschluss nicht gerüttelt wird. Das Hypothekenamt hat nach Eupen zu kommen. Der Chef des Finanzministeriums rechnet mit einer Umsetzung im Laufe des Jahres 2017.“

Laut der Informationen aus dem Finanzministerium werde die beschlossene Schaffung des Hypothekenamtes Eupen derzeit durch den Umstand blockiert, dass einerseits kein deutschsprachiges Personal für den Dienst zur Verfügung stehe und andererseits das bestehende Personal in Malmedy sich weigere, seinen Dienst in Zukunft in Eupen zu verrichten.

„Dies ist aus Sicht der DG-Regierung eine untragbare Situation, die schnellstmöglich behoben werden muss. Es geht nicht an, dass der Dienst an der deutschsprachigen Bevölkerung wegen fehlenden Personals oder einer mangelnden Kooperationsbereitschaft einiger Beamter blockiert wird. Gerade in dieser sehr sensiblen Materie der Rechtssicherheit in notariellen oder gerichtlichen Akten darf es in puncto korrekte Anwendung der Sprachengesetzgebung keinerlei Kompromisse geben“, so Paasch wörtlich.

Gerade in notariellen und gerichtlich relevanten Akten komme es wegen der Rechtssicherheit auf jeden einzelnen korrekt verfassten Satz an, ja sogar auf jedes Wort, inklusive Punkt und Komma. So sei es unabdingbar, dass auch für die Aufbewahrung und Verwaltung der Akten sowie für den korrekten Dienst an der Bevölkerung qualifiziertes deutschsprachiges Personal zur Verfügung gestellt wird.

Für die Bereitstellung des erforderlichen Personals sieht D'Hondt nach Darstellung des DG-Ministerpräsidenten zwei Möglichkeiten: „Prioritär will sich Hans D'Hondt persönlich dafür einsetzen, dass das derzeit in Malmedy beschäftigte Personal auf freiwilliger Basis nach Eupen wechselt, und das hätte meines Erachtens Vorteile für alle Beteiligten.“

Sollte sich dies nicht verwirklichen lassen, so ist der FÖD Finanzen bereit, neues deutschsprachiges Personal zu rekrutieren. Dies, so Paasch weiter, sei allerdings erheblich aufwendiger und zeitraubender.

Katrin Jadin: „Mit der N-VA ist das schwieriger geworden.“

„Ich werde nachhaken, noch mal und noch mal“, so die Föderalabgeordnete Katrin Jadin. Für sie ist dieses leidige Thema alles andere als Neuland.

Die Thematik beschäftigt sie praktisch seit zehn Jahren. „Wenn das Malmedyer Personal nicht auf den Kompromissvorschlag eingeht, wird es über kurz oder lang nach Verviers müssen“, so Jadin zum „Widerstand“ des derzeitigen Personals im Hypothekenamt Malmedy. „Doch damit ist das Problem für das neue Amt in Eupen noch lange nicht gelöst.“ In diesem Zusammenhang bedauert sie, dass nicht genügend deutschsprachiges Personal angeworben werde.

Karl-Heinz Lambertz: „Typischer Fall dafür, dass die Rechte der Deutschsprachigen de facto unterlaufen werden“

Bei den Antworten, die sie von den betroffenen Föderalministern erhalte, könne sie sich nicht des Eindrucks erwehren, dass die Forderungen der Deutschsprachigen auf die lange Bank geschoben würden. „Ich habe immer mehr den Eindruck, dass das mit der N-VA schwieriger geworden“, stellte Katrin Jadin fest: Sowohl Finanzminister Johan Van Overtveldt wie Steven Vandeput, der für das staatliche Anwerbungsamt Selor zuständig ist, gehören der N-VA an. Die flämischen Nationalisten fühlten sich bei solchen Forderungen nicht in der Pflicht, so Jadin's Eindruck.

Für Gemeinschaftssenator Karl-Heinz Lambertz handelt es sich „um einen typischen Fall dafür, dass die gesetzlich verankerten Rechte der Deutschsprachigen de facto unterlaufen werden. Das ist nicht der erste und leider auch nicht der letzte Fall“.

Das Hypothekenamt sei eine wichtige Einrichtung und „daher ist es eine richtige Entscheidung, ein eigenes Amt für das Gebiet deutscher Sprache vorzusehen. Es ist von Bedeutung für die Stellung der Deutschsprachigen Gemeinschaft im föderalisierten Belgien und es kommt ja nicht von ungefähr, dass ein Hypothekenamt pro Gerichtsbezirk vorgesehen ist“.

Alle politische Kräfte müssten sich jetzt dafür einsetzen, dass dies nachgeholt werde. Generell müsse sich dafür eingesetzt werden, dass das Gebiet deutscher Sprache bei der Dezentralisierung von Diensten des Föderalstaats und der Wallonischen Region als Verwaltungseinheit angesehen werde. „Dann kann man die Sprachengesetzgebung nicht mehr austricksen.“

Des Weiteren müsse zudem weiter am Übersetzungsrückstand gearbeitet werden, auch unter Einsatz aller modernen Mittel. Für ihn persönlich sei der Wirbel um das Hypothekenamt in seiner neuen Rolle als Senator der gegebene Anlass, sein ohnehin geplantes Vorhaben, sich gründlich und detailliert mit der Anwendung der Sprachengesetzgebung auseinandersetzen, umzusetzen. „Dies will ich in der Kontinuität der Arbeit meines Vorgängers Alexander Miesen (PFF) tun.“

Von Jürgen Heck

Copyright © 2016 Grenz Echo. Alle rechten vorbehalten